

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 82 (2011)
Heft: 10: Zeit zu wählen : Parteien und Kandidaten auf dem sozialpolitischen Prüfstand

Artikel: Problemlöser am Werk : sieben Parteien antworten auf fünf Fragen : die Schweiz altert - was nun?
Autor: Wenger, Susanne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-805399>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Problemlöser am Werk: Sieben Parteien antworten auf fünf Fragen

Die Schweiz altert – was nun?

Wie lässt sich der steigende Pflegebedarf in der alternden Gesellschaft auffangen? Ist jetzt dann genug gespart bei der Invalidenversicherung? Sollen jugendliche Gewalttäter härter bestraft werden? Rezepte der politischen Parteien für diese und andere Themen, die Heime und Institutionen beschäftigen.

Von Susanne Wenger

Es ist ein gesellschaftlicher Megatrend und eine Entwicklung, die unser Land weit über die kommende Legislatur von National- und Ständerat hinaus beschäftigen wird: Die Schweizer Gesellschaft ergraut. Die Zahl der Hochaltrigen wächst überdurchschnittlich stark und wird sich bis 2060 fast verdoppeln. Das sagen die Bevölkerungsstatistiker voraus. Je nach Szenario steigt die Zahl pflegebedürftiger älterer Menschen in der Schweiz von rund 130'000 im Jahr 2005 auf bis zu rund 270'000 anno 2050. In den Heimen dürfte die Zahl der Pflegetage zunehmen – doch Tausende Fachkräfte werden fehlen. Allein bis 2020 benötigen die Alters- und Pflegeheime mehr als 15'000 zusätzliche Angestellte, wie Berechnungen zeigen.

Wie wollen die politischen Kräfte den steigenden Pflegebedarf und den drohenden Pflegepersonal-Mangel angehen? Das ist eines der Themen, zu denen die Fachzeitschrift Curaviva im Hinblick auf die Parlamentswahlen bei den Bundesratsparteien SVP, SP, FDP, CVP und BDP sowie bei den Grünen und den Grünliberalen nachgefragt hat.

Aber kosten darf es nichts

Ein Vergleich der Antworten zeigt: Mindestens scheinen sich die befragten Parteien der Pflege-Herausforderung bewusst zu sein, und zwar quer durchs politische Spektrum. «Wenn nicht rasch Strategien und Massnahmen entwickelt werden, um diese Berufe attraktiver zu machen, wird das Gesundheitspersonal knapp», besonders in der Pflege und bei den Hausärzten, warnt die SP. Auch die SVP ist der Meinung, den

Pflegeberufen sei «angemessene Akzeptanz und Aufmerksamkeit» zu widmen. Doch dann hört die Einigkeit rasch auf. Für die SVP ist nämlich klar: Kosten darf die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Pflegeberufe nichts. Im Gegenteil: «Pflegekonzepte müssen den Aspekten der Wirtschaftlichkeit besser gerecht werden», schreibt die Partei. Ganz anders die Grünen: Sie sehen das Heil unter anderem in «guten Arbeitsbedingungen für Pflegendе: fairer Lohn, keine übertriebenen Arbeitszeiten».

Zu akademische Pflege

Fast alle befragten Parteien befürworten eine Pflege-Ausbildungsoffensive. Mehr Ausbildungsplätze, Umschulungsmöglichkeiten, Zweitausbildungen: «Die Schweiz muss unbedingt selbst genügend Pflegepersonal ausbilden, so dass der Bedarf im Inland gedeckt werden kann», fordert die CVP. Andere Mitte-Parteien stören sich an der Akademisierung der Pflege. Bei Berufen mit «Arbeitskräftemangel» seien die erhöhten Anforderungen verfehlt, so die FDP. Und die BDP sekundiert: «Es gibt heute Pflegendе, die eine hohe psychologische Schulung haben, aber nicht mehr in der Lage sind, einfache Verrichtungen auszuführen.» Schon jetzt sind Heime und Spitäler auch auf ausländisches Pflegepersonal angewiesen. Mit Ausnahme der SVP stellen sich alle befragten Parteien hinter die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union (EU). Es brauche aber konsequentere flankierende Massnahmen, um Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen, fordern SP und BDP.

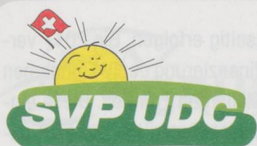
Je eigene Akzente setzen die Parteien, wenn es darum geht, neue Lösungen für den steigenden Pflegebedarf zu präsentieren: Die CVP schlägt eine Betreuungszulage für pflegende Angehörige vor. Und die Grünliberalen sind «offen für die Idee einer Pflegeversicherung».

«Schneller und härter»

Gegensätzliche Einschätzungen widerspiegeln die Antworten zur Frage nach dem Umgang mit Jugendgewalt. SVP und FDP wollen mehr Repression. Bei schweren Delikten soll bereits ab 16 Jahren das Erwachsenenstrafrecht gelten, fordert die SVP. Scharf der Ton auch bei den Freisinnigen: «Jugendliche, die Gewaltverbrechen begehen, müssen schneller und härter bestraft werden.» Besonders Körperverletzung werde zu oft «als Kavaliersdelikt wahrgenommen», kritisiert ihrerseits die CVP.

Das Jugendstrafrecht sei bereits verschärft worden, was aber «ohne substantielle Wirkung» auf die Zahl der Straftaten geblieben sei, kontern da die Grünen. Anzusetzen sei vielmehr bei den Ursachen: Jugendliche bräuchten gleichwertige Chancen auf eine gute Ausbildung, genügend sinnvolle Lehrstellen und Jobs. Auch die SP findet es «richtig», dass das Jugendstrafrecht auf Erziehung statt auf Strafe setze. Für Jugendliche indes, «die schon früh schwerkriminell werden», brauche es allenfalls «Feinjustierungen» am Jugendstrafrecht, räumen die Sozialdemokraten ein.

Jugendgewalt, Betagtenpflege und mehr: Die Positionen der Parteien finden sich, übersichtlich dargestellt, auf den folgenden Seiten. ●



1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Nicht nur bei jugendlichen, sondern auch bei erwachsenen Straftätern erscheint uns das Strafmass immer häufiger unverhältnismässig tief. Dies gilt insbesondere bei schweren Gewaltstraftaten. Die SVP verlangt, dass bei schweren Delikten wie Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung oder Mord das Erwachsenenstrafrecht bereits ab dem 16. Altersjahr angewendet werden kann. Es geht aber nicht darum, generell und pauschal einen härteren strafrechtlichen Umgang mit Jugendlichen einzuführen. Wichtiger wäre eine konsequentere Vermittlung bestimmter Werte wie Respekt, Rücksichtnahme und so weiter.

2. Stichwort Pflegenotstand:

Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Einerseits muss den Pflegeberufen und der entsprechenden Ausbildung angemessene Akzeptanz und Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zum anderen sind auch die Pflegekonzepte weiterzuentwickeln. Diese müssen den Aspekten der Wirtschaftlichkeit

besser gerecht werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass die finanzielle Belastung durch den gesamten Gesundheitsbereich heute schon sehr hoch ist und nicht beliebig weiter erhöht werden kann.

3. Stichwort Arbeitskräfte:

Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Nein. Die Zuwanderung muss wieder eigenständig steuerbar werden. Die Schweiz hat die Selbstbestimmung in Zuwanderungsfragen immer mehr aufgegeben. Eine Netto-Zuwanderung von über 330'000 Personen allein in den letzten vier Jahren hat massive Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, auf die Infrastrukturen, den Wohnungsmarkt, die Sozialwerke, die Bildung und andere Bereiche. Die SVP Schweiz hat deshalb die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» lanciert, damit die Handlungshoheit im Bereich der Zuwanderung wieder zurückgewonnen werden kann. Das heisst, dass wir wieder selber bestimmen können, wer für wie lange in unserem Land bleibt.

4. Stichwort Invalidenversicherung:

Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Mit den kostenseitigen Sanierungsmassnahmen wollen wir erreichen, dass die Mehrwertsteuer-

Erhöhung tatsächlich wie versprochen im Jahr 2017 wieder aufgehoben werden kann, und die IV mit den ihr zur Verfügung stehenden Beiträgen defizitfrei wirtschaftet.

5. Stichwort Alterung:

Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Sowohl in der ersten wie in der zweiten Säule gibt es klaren Handlungsbedarf. Die erfreuliche Tatsache, dass wir seit dem Gründungsjahr der AHV 1948 heute im Durchschnitt rund 14 Jahre länger leben, ist eine grosse Herausforderung. Wir müssen uns nun darüber einig werden, ob wir künftig mehr arbeiten, mehr zur Seite legen oder unsere Leistungsansprüche an die Altersversorgung herabsetzen wollen. Aus Sicht der SVP sollten die beiden ersten Varianten beziehungsweise ausgewogene Kombinationen in Betracht gezogen werden. Das bedeutet insbesondere ein Rentenalter 65/65 für Mann und Frau.



Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Nein. Das Jugendstrafrecht setzt den Fokus bewusst auf erzieherische Schutzmassnahmen für gefährdete Kinder und Jugendliche und weniger auf die Strafe. Das ist auch richtig so – Jugendliche sind anders zu behandeln als Erwachsene. Trotzdem kann nicht ausgeschlossen werden, dass am 2007 in Kraft getretenen neuen Jugendstrafrecht noch Feinjustierungen vorgenommen werden müssen, um auch auf jene (wenigen) Jugendlichen adäquat reagieren zu können, die schon früh schwerkriminalisiert werden und gleichzeitig auf erzieherische Massnahmen nicht ansprechen. Hierzu muss aber die Evaluation abgewartet werden, die im Gang ist.

2. Stichwort Pflegenotstand:

Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Wenn nicht rasch Strategien und Massnahmen entwickelt werden, um diese Berufe attraktiver zu machen, wird das Gesundheitspersonal knapp. Dies gilt insbesondere für das Pflegepersonal und die Hausärztinnen und Hausärzte. Für die Pflege

braucht es Ausbildungsplätze und Anreize, um die Verweildauer im Beruf zu erhöhen. In der Medizin muss der Numerus clausus aufgehoben und der Nachwuchs – insbesondere für die Hausarztmedizin – gezielt gefördert werden.

3. Stichwort Arbeitskräfte:

Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Die Personenfreizügigkeit dient der Schweizer Wirtschaft. Die Früchte des Wachstums sind aber höchst ungleich verteilt, so lange die Personenfreizügigkeit als Spielball den Marktkräften überlassen bleibt. Insbesondere jene Arbeitgeber, die mit missbräuchlichem Verhalten die Angestellten ausnutzen, bringen die Personenfreizügigkeit in Misskredit. Darum braucht es aus Sicht der SP im Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in der Bildung und Raumplanung flankierende Massnahmen. Besonders im Arbeitsmarkt sind stärkere flankierende Massnahmen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping unverzichtbar: mit schweizweit anständigen Mindestlöhnen, der Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und der Schwarzarbeit muss dafür gesorgt werden, dass die Personenfreizügigkeit zu Schweizer Arbeitsbedingungen stattfindet.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Für mehr Solidarität und Gerechtigkeit muss die IV gestärkt werden. Da diese Sozialversicherung seit 15 Jahren ungenügend finanziert ist, muss eine ausgewogene Lösung für eine Sanierung mit mehr Einnahmen und Einsparungen gefunden werden. Es gilt, Anreize zu schaffen, damit die Wirtschaft ihrer Verantwortung nachkommt.

5. Stichwort Alterung:

Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Die SP will die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren fördern und garantieren. Sie setzt sich für gerechte und solidarische Renten ein. Sie ist für eine Flexibilisierung des Rentenalters, das vom beruflichen Werdegang der Arbeitnehmenden und insbesondere von der Beschwerlichkeit ihrer Arbeit abhängig sein muss. Was das Wohnen und die Mobilität betrifft, unterstützt die SP Projekte für neue Wohnformen und die Anpassung der Quartiere an die Bedürfnisse älterer Menschen. Im Bereich Gesundheit und Pflege muss eine nationale Strategie entwickelt werden, um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken. Zudem muss die Integration älterer Menschen in die Gesellschaft gewährleistet sein.

FDP

Die Liberalen

1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Ja: Die heutigen Regelungen müssen verschärft werden. Vor allem Jugendliche, die Gewaltverbrechen begehen, müssen schneller und härter bestraft werden. Zentral ist, dass sie die Konsequenzen ihrer Handlungen sofort spüren und die Strafe umgehend verhängt und umgesetzt wird. Zudem soll der Staat konsequenter gegen übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen vorgehen, der sehr häufig bei Jugendkriminalität im Spiel ist. Dies bedeutet ein Weitergabeverbot und die Regelung, dass Jugendliche einen Aufenthalt in der Ausnüchterungszelle selber bezahlen.

2. Stichwort Pflegenotstand: Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Erstens fordert die FDP, dass der Verakademisierung von Berufen mit Arbeitskräftemangel – wie beim Pflegefachpersonal – ein Riegel geschoben wird. Das duale Bildungssystem der Schweiz hat sich bewährt. Zweitens muss die Anzahl der Studienplätze, zum Beispiel für Medizinstudenten,

erhöht werden, damit in der Schweiz mehr eigene Ärzte ausgebildet werden. Drittens wird der ärzttestopp endlich abgeschafft. Und viertens verteidigt die FDP die Personenfreizügigkeit mit der EU, weil wir auf diese Fachkräfte angewiesen sind.

3. Stichwort Arbeitskräfte: Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Dank der Personenfreizügigkeit konnte die Schweiz die letzte Wirtschaftskrise gut überstehen. In den letzten Jahren konnten über 300'000 Jobs geschaffen werden. Deshalb verteidigt die FDP diesen Königsweg auch in Zukunft gegen die Zuwanderungsinitiative der Abschotter, die für unser Land verheerende Folgen hätte. Der Bundesrat soll dort, wo er die Möglichkeit hat, die Ventilklausel anwenden und damit die Kontingente für gewisse EU-Staaten länger aufrechterhalten.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Die Fragestellung ist tendenziös, denn sie lenkt von den riesigen Problemen der IV ab, die einen Schuldenberg von 15 Milliarden Franken angehäuft hatte. Hätte die Politik weiter zugeschaut, wäre es zu einem Rentenkollass gekommen. Deshalb ist die Sanierung der IV und anderer Sozialwerke für die FDP zentral. Die Sanierung muss

ab jetzt ausgabenseitig erfolgen. Bis 2017 verschafft die Zusatzfinanzierung der IV Einnahmen von mehr als 14 Milliarden Franken. Diese einnahmenseitigen Massnahmen hat die FDP unterstützt – unter der Bedingung, dass auch ausgabenseitige Massnahmen getroffen werden. Wir unterstützen somit den zweiten Teil der 6. IV-Revision.

5. Stichwort Alterung: Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Nein. Insbesondere bei den Sozialwerken verschliessen die Extremparteien SP und SVP die Augen. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung wird die AHV in wenigen Jahren riesige Defizite schreiben. So weit darf es nicht kommen. Mit Reformen müssen wir das Rentenalter flexibilisieren und eine Schuldenbremse einführen. Auch in der Gesundheitspolitik müssen Bundesrat Didier Burkhalter's Reformen vom Parlament unterstützt werden: Dank Managed Care, mehr Transparenz und Wettbewerb steigt die Qualität und sinken die Kosten. Drittens soll die Gesellschaft neue Formen entwickeln, wie sich reifere Menschen aktiv einbringen können – viele sind bereit, einen wertvollen Beitrag zu leisten.



1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Jugendliche und junge Erwachsene brauchen klare Grenzen. Das Strafrecht soll präventive und abschreckende Wirkung haben. Eine reine Verschärfung des Rechts hält nicht von Straftaten ab. Im Bereich der Körperverletzung braucht es aber Anpassungen. Oft eher zufällig wird hier die Schwelle zur schweren Körperverletzung nicht überschritten, und die Körperverletzung wird als Kavaliärsdelikt wahrgenommen. Es muss klar sein, dass Gewalt eine Grenzüberschreitung darstellt, die in jedem Fall hart sanktioniert wird. Auch mit Freiheitsentzug. Eine Massnahme, die auch weh tut, wäre ein Entzug des Fahrausweises oder ein befristetes Verbot, einen solchen zu erwerben.

2. Stichwort Pflegenotstand: Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Die Schweiz muss unbedingt selbst genügend Pflegepersonal ausbilden, sodass der Bedarf im Inland gedeckt werden kann. Umschulungsmöglichkeiten und Zweitausbildungen im Pflegewe-

sen sind zu fördern und zu unterstützen, ebenso die Pflege und Betreuung zuhause oder in Pflegeplätzen. Analog zur Kinder- und Ausbildungszulage fordert die CVP für pflegende Angehörige eine Betreuungszulage sowie gesetzliche Grundlagen, um diesen Menschen eine Auszeit zu ermöglichen.

3. Stichwort Arbeitskräfte: Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Eine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz erhält nur, wer eine Arbeit vorweisen kann. Es ist somit falsch, von schrankenloser Einwanderung zu sprechen. Der vorhandene Spielraum, den uns das Personenfreizügigkeitsabkommen gibt, muss aber konsequent ausgenutzt werden. EU-Bürger, die die Voraussetzung der Erwerbstätigkeit nicht mehr erfüllen, müssen in ihr Heimatland zurück. In sensiblen Branchen wie dem Bau- oder Gastgewerbe müssen weiterhin rigorose Kontrollen stattfinden. Zudem muss die Anrufung der Ventilklausel mit den osteuropäischen Staaten geprüft werden.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Die Sanierung der hochverschuldeten IV liegt im Interesse unserer Gesellschaft. Ihre finanzielle Stabilität ist wichtig für den Wohlstand und den

sozialen Frieden in unserem Land. Die CVP Schweiz wird den Weg zur nachhaltigen Sanierung der IV auch weiter unterstützen. Sie wird sich dafür einsetzen, dass der Sparauftrag nicht zu Lasten der Schwächsten gehen wird. Wir stehen ein für eine Stärkung der Eigenverantwortung wie auch für die Stärkung der Solidarität mit denjenigen Menschen, die unsere Unterstützung besonders brauchen.

5. Stichwort Alterung: Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Die demografische Entwicklung und damit verbunden die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern ist eine grosse und zentrale Herausforderung. Leider hat es eine unvernünftige Allianz zwischen Links und Rechts im Parlament verhindert, dass mit der 11. AHV-Revision die AHV langfristig hätte gesichert werden können. Die Verzögerung kostet uns etwa 500 Millionen Franken. Weiter wird die demografische Entwicklung der Bevölkerung dazu führen, dass sich der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal verschärfen wird. Auch hier besteht klar Handlungsbedarf.



1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Die Grünen sind gegen eine weitere Verschärfung des Jugendstrafrechts. Die Verschärfung des Rechts hat in den letzten Jahren schon stattgefunden, jedoch ohne substantielle Wirkung auf die Zahl der Straftaten. Jugendgewalt muss als Phänomen einer verfehlten gesamtgesellschaftlichen Entwicklung angesehen werden. Grüne Politik setzt deshalb bei den Ursachen an. Jugendliche brauchen nicht mehr Repression, sondern gleichwertige Chancen auf eine gute Ausbildung und genügend sinnvolle Lehrstellen und Jobs.

2. Stichwort Pflegenotstand: Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Die Pflegeberufe müssen attraktiver werden. Der Zugang zu den Berufsfeldern soll also nicht durch übertriebene administrative Hürden versperrt sein. Insbesondere auch junge Leute können in diesem Bereich eine sinnvolle Betätigung finden. Teilzeitarbeitsplätze müssen gefördert werden. Zudem braucht es gute Arbeitsbedingungen (fairer Lohn,

keine übertriebenen Arbeitszeiten). Die Qualität der Betreuung wird auch durch die Vielfalt des Pflegepersonals gefördert. Die Finanzierung der Ausbildung muss zwischen Bund und Kantonen besser geregelt werden.

3. Stichwort Arbeitskräfte: Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union soll wie bis anhin weitergeführt werden. Einschränkungen bestehen weiterhin durch die Übergangsbestimmungen (Bulgarien, Rumänien). Der Pflegenotstand wird auch durch das Angebot von Fachkräften aus der EU gemindert. Eine Kontingentierung lehnen die Grünen ab.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Die Grünen befinden sich in einem permanenten Verteidigungskampf, um die Qualität der Invalidenversicherung zu gewährleisten. Die Grünen wollen möglichst keine weiteren Abstriche in diesem Bereich und werden, falls nötig, auch per Referendum für die IV kämpfen.

5. Stichwort Alterung: Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Die Schweiz ist ungenügend auf die Alterung vorbereitet. Insbesondere die Akzeptanz beim Thema Migration lässt zu wünschen übrig. Denn Einwanderung ist die einzig realistische Perspektive, um der «Über»-Alterung vorzubeugen.



Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Um der Jugendgewalt vorzubeugen, sind intensive Prävention, harte Strafen und gute Instrumente zur Wiedereingliederung der jugendlichen Straftäter nötig. Das 2007 in Kraft getretene Jugendstrafrecht ermöglicht einschneidende und sachgerechte Sanktionen gegenüber jugendlichen Tätern. Anpassungen drängen sich zurzeit nicht auf. Ausbau- und verbesserungsbedürftig sind aber nach wie vor die Gewaltprävention, wo eine vernetzte Zusammenarbeit von Eltern, Schule und Polizei sehr wichtig ist, sowie der Jugendmassnahmenvollzug.

2. Stichwort Pflegenotstand: Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Das Problem ist die Bildung im Bereich Pflege. Die Ansprüche an die Ausbildung sind sehr hoch und erreichen Fachhochschulniveau. Das ist zwar an sich gut, schießt aber zum Teil über das Ziel hinaus. Was fehlt, ist die Stufe «dazwischen». Es fehlen jene Leute, die zwar eine solide Ausbildung

haben, aber nicht Fachhochschulniveau erreichen. Der Zugang zur Pflege muss erleichtert werden mit differenzierten Ausbildungsmodellen. Es gibt heute Pflegenden, die eine hohe psychologische Schulung haben, aber nicht mehr in der Lage sind, einfache Verrichtungen auszuführen.

3. Stichwort Arbeitskräfte: Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Die Vorzüge der Personenfreizügigkeit für die Schweizer Wirtschaft sind unbestritten (Schaffung von Arbeitsplätzen, Bedarf an Fachkräften). Die flankierenden Massnahmen hingegen müssen konsequenter gehandhabt werden, damit Missbräuche wie Scheinselbstständigkeit oder Lohndumping bestraft werden können, und zwar sowohl seitens ausländischer als auch inländischer Unternehmen. Die BDP hält aber klar an den bilateralen Verträgen fest.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Die 4., 5. und 6. IV-Revision waren und sind nötig, sonst hätte die IV ihre Leistungen für behinderte Personen nicht mehr ausrichten können. Mit dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente» ist es gelungen, die IV gesünder zu machen. Erst wenn Eingliederungsmassnahmen nicht möglich sind,

wird eine Rente ausgesprochen. Das ist richtig so. Gegenwärtig werden die IV-Leistungen recht restriktiv gehandhabt. Einerseits darf weiterhin kein Missbrauch der IV zugelassen werden, andererseits muss auch darauf geachtet werden, dass Personen mit Behinderungen zu angemessenen IV-Leistungen kommen.

5. Stichwort Alterung: Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Nein. Ein grosses Problem wird sein, wie wir die Finanzierung der AHV für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen können. Dazu braucht es eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre. Das AHV-Rentenalter muss flexibler gestaltet werden, aber kostenneutral sein. Ein Bauarbeiter muss früher in Rente gehen können als ein Büroangestellter. Ein weiteres Problem wird die Gesundheitsversorgung sein. In den letzten Lebensjahren fallen im Durchschnitt hohe Kosten für die medizinische Versorgung und für den Pflegebereich an. Diesen Herausforderungen müssen wir mit angemessenen, aber nicht übertriebenen Leistungen einerseits und mit adäquaten Finanzierungsquellen andererseits begegnen.

>>

3 2 1

Heute starten – morgen führen.

Optimieren Sie Ihre Führungskompetenz.
Mit einer Managementausbildung für Kader im Gesundheitswesen.
Mit einem anerkannten Abschluss.

wittlin stauffer
Unternehmensberatung und
Managementausbildung
Schmelzbergstrasse 55
8044 Zürich

Telefon 044 262 12 86
info@wittlin-stauffer.ch
www.wittlin-stauffer.ch

wittlin stauffer



CURAVIVA **weiterbildung**

Praxisnah und persönlich.

Bildung, die weiter geht

- **Fit für die Professionalisierung **Neu** der Angehörigenarbeit**

Workshop zur Durchführung eines Angehörigenprojekts
im eigenen Betrieb

30. Januar bis 30. November 2012, 9 Tage, Luzern
Infoveranstaltung: 7. November 2011

- **Zusatzausbildung für Pflegefachpersonen mit ausländischem Diplom**

April 2012 bis Februar 2013, 20 Tage, Luzern

Infoveranstaltungen: 14. November 2011, 13. Februar 2012

- **Lehrgang Langzeitpflege und -betreuung**

Schwerpunkte Gerontopsychiatrische Pflege/Betreuung
und Palliative Care

Juni 2012 bis November 2013, 40 Tage, Luzern

Infoveranstaltungen: 13. Oktober 2011, 29. November 2011,
27. Februar 2012

- **Gerontopsychiatrische Pflege und Betreuung**

Mit spezialisierter Fachkompetenz den Herausforderungen
gewachsen sein

September 2012 bis Februar 2013, 10 Tage, Luzern

Weitere Informationen und das Detailprogramm

finden Sie unter **www.weiterbildung.curaviva.ch**

CURAVIVA Weiterbildung Abendweg 1 6006 Luzern
Telefon 041 419 01 72 weiterbildung@curaviva.ch



50 JAHRE
ANS
ANNI

50 Jahre WWF

Gemeinsam für unseren Planeten

Spenden Sie per SMS mit **Panda (Betrag) an 488** oder **wwf.ch/spenden**.
(Bsp. Spende 9 Fr.: Panda 9 an 488)



1. Stichwort Jugendgewalt: Ist der strafrechtliche Umgang mit jugendlichen Tätern zu mild?

Das Jugendstrafrecht ist genügend hart. Bei einigen Urteilen haben Gerichte den juristischen Spielraum nicht in unserem Sinne ausgenutzt. Teilweise wären härtere Urteile bereits mit dem gültigen Recht möglich.

2. Stichwort Pflegenotstand: Welche Massnahmen braucht es, um den steigenden Pflegebedarf aufzufangen?

Wir wollen pflegende Angehörige mit Entlastungsangeboten unterstützen. Weil die notwendige Hilfe nicht immer innerhalb der Familie geleistet werden kann, braucht es zukunftsweisende, generationenübergreifende Projekte. Bezüglich der Pflege in Heimen sind wir offen für die Idee einer Pflegeversicherung. Die Ausbildungsangebote für pflegende und betreuende Berufe sowie die Durchlässigkeit von anderen Ausbildungen sind weiter zu fördern.

3. Stichwort Arbeitskräfte: Soll die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ohne Einschränkung weitergeführt werden?

Ja, die Personenfreizügigkeit soll weder eingeschränkt noch aufgekündigt werden.

4. Stichwort Invalidenversicherung: Wie weit soll der Spardruck auf dieses Sozialwerk noch gehen?

Die Finanzierung der Invalidenversicherung muss wie für alle Sozialversicherungen nachhaltig gesichert sein. Aufgrund der defizitären Rechnung der IV sind sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite weitere Sanierungsmassnahmen notwendig.

5. Stichwort Alterung: Ist die Schweiz auf die Alterung der Bevölkerung genügend vorbereitet?

Nein. Durch die stark gestiegene Lebenserwartung ist gewissermassen ein drittes Lebensalter entstanden. Deshalb braucht es eine neue Wahrnehmung des Alters. Entsprechend sind diverse Anpassungen notwendig, beispielsweise ist ein neuer Generationenvertrag zu entwickeln.